

Während 4 Wochen Verbot....

Sparkasseneinlagen gesperrt

Die Regierung sperrt Sparkasseneinlagen, gestattet nur geringe Teilzahlungen und kündigt Prägung neuer Hartgeldstücke und Wiederausgabe einer Milliarde der eingezogenen Rentenmarkscheine an, die nicht goldgedeckt sind.

Bankrott-Walze auf den Schultern der Arbeiter

Die Wirtschaftskrise nimmt mit unverminderter Heftigkeit trotz aller Sanierungsmaßnahmen der Brüning-Regierung ihren Fortgang. In der Textilindustrie hat ein Massensterben eingesetzt. Die bürgerliche Presse vom 7. August bringt die Meldung, daß 7 Textilfabriken, davon 3 in Leipzig, 1 in Chemnitz, 1 in Gera usw. den Konkurs angemeldet haben.

Das Bankhaus Tillmann & Co. in Köln hat Konkurs angemeldet. Die Eisleber Bank GmbH in Eisenach hat ihre Schalter geschlossen. Die Stickstoffwerke AG Waldenburg (Schlesien) meldeten Konkurs an. Die Großbank G. E. Schröder, Bremen, schloß die Schalter. Die Bremer Beambenbank wird zahlungsunfähig.

19 Prozent Umsatzrückgang bei den Warenhäusern. Das Institut für Konjunkturforschung teilt mit, daß die Umsätze der deutschen Warenhäuser im Juni 1931 gegenüber der gleichen Zeit im Vorjahr um rund 19 Prozent zurückgegangen sind.

Massenentlassungen. Die Werksleitung (Konkursverwalter) der Nordwolle in Delmenhorst und Bremen hat bis zum 31. Dezember 1931 bzw. 31. März 1932 sämtliche Angestellten und Beamten gekündigt. Im Delmenhorster Werk sind bereits 230 Arbeiter in den verschiedensten Abteilungen entlassen. Einige wichtige Abteilungen liegen bereits gänzlich still.

In den Hamburger Staatsbetrieben werden mit Zustimmung der sozialdemokratischen Betriebsräte 500 Entlassungen vorgenommen. Die Entlassungen sollen im Staatsbau, beim Strom- und Hafenbau, auf der Staatswerft und in den Binnenschiffreparaturbetrieben vorgenommen werden. Diese Massenentlassungen erfolgen, nachdem die Arbeitszeit ohne Lohnausgleich herabgesetzt worden ist.

Die Dresdner Straßenbahndirektion entläßt trotz riesiger Gewinne sämtliche Sonntags-Ausfallschaffner, die seinerzeit auf Grund der Arbeitszeitverkürzung eingestellt wurden, um die Straßenbahnen zu besparen. Die Forderung des roten Betriebsrates auf Einberufung einer Belegschaftsversammlung wurde von der christlich-sozialistischen Einheitsfront abgelehnt.

Löhne und Gehälter nicht voll ausgezahlt!

Eine ganze Anzahl Betriebe beginnt mit Abschlagszahlungen, das heißt spekuliert mit den Lohngebern der Arbeiter. Die Regierung ordnet für alle Angestellten und Beamten die Halbierung, später die Drittelung der Gehaltszahlungen an. Die Gemeinden wenden dasselbe auf ihre Angestellten an, sogar die Auszahlung der Fertigungsgelder muß erst erzwungen werden.

Unterstützungssätze gekürzt!

Die Gemeindevorstände Dresden veranlaßt die Herabsetzung des Ernährungsaufwandes für Wohlfahrtsempfänger auf 64 Pfennig pro Tag. Die Kürzung der Unterstützung beträgt demnach für ein Ehepaar 9,70 Mark monatlich, für Alleinstehende 4 Mark monatlich. Die Kinderzulage wird ebenfalls um 4 Mark monatlich pro Kind gekürzt. Durch die außerdem erfolgende Verschlechterung der Anrechnungsrichtlinien beträgt die Kürzung bis zu 50 Prozent.

Konsum-Teuerung setzt ein

Das Statistische Reichsamt stellte bei der Berechnung der Index der Großhandelspreise eine Steigerung um 0,2 Prozent in einer Woche fest. Diese Steigerung wurde durch ein Anziehen der Preise für Schlachtvieh und Vieherzeugnisse hervorgerufen.

Nutzenlieber der Volksnot

Die verbrecherischen Nazibankrottseure Lahusen, die Direktoren des Pleite gegangenen Nordwolle-Konzerns, haben offenbar den Versuch gemacht, sich ihre verschobenen Gelder zu sichern.

Sie mußten auf Grund des Empörungsturmes der betrogenen Bevölkerung, der Arbeiter und Angestellten in Unterordnung gesteckt werden. Im übrigen wurde ihnen kein Haar gekürzt.

Devisenordnung und Preiswucher mit Nahrungsmitteln bringt das Berliner Tageblatt in direktem Zusammenhang, indem es schreibt:

Man hat sich entschlossen, diese Richtlinien geheimzuhalten aus Gründen, die nicht ganz durchsichtig sind. Wenn es richtig ist, daß die Geheimhaltung insbesondere auf Wunsch des Reichslandwirtschaftsministers beschlossen worden ist, so erhalten solche Belästigungen (Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte) neue Nahrung.

Hier spricht also das Berliner Tageblatt indirekt aus, daß Zweck der Devisenbeschaffung die Einfuhr von Lebensmitteln aus dem Ausland vollkommen abgestopft werden soll. Dem entsprechend gab auch schon der Völkische Beobachter in einem Aufruf an die Großgrundbesitzer, die Mitglieder der NSDAP sind, die Anweisung, die kommende Ernte noch nicht auf den Markt zu werfen.

Zur Danatbank-Garantie auf Kosten der Steuerzahler erklärt die bürgerliche Berliner Volkszeitung:

Das Geschäft des Danatbankes durch bestimmte Konzernfirmen ist ein so ehrenhaftes und gesundes, daß es im goldenen Buch unserer Schwerindustrie gleich hinter der 700-Millionen-Abfindung nach dem Ruhrkrieg, wo sich die nationalen Herren ihren Patriotismus ebenfalls recht sorgfältig honorieren ließen, verzeichnet werden sollte. Da bildet sich also ein Ring des Trustkapitals und erklärt sich bereit, den zusammengebrochenen Laden des Herrn Jakob Goldschmidt zu übernehmen, wenn das Reich nur so spendabel ist, dem Kaufpreis von 43 Millionen Mark sinlos für 5 Jahre zu pumpen. Und das Reichskabinett handelt in der Tat so großzügig, wie es sonst nur amerikanische Millionäre in Legenden tun, und gibt mit vollen Händen aus seiner im übrigen recht leeren Kasse, ...

Außerdem dokumentiert sich die Tatsache, daß in Wirklichkeit alles beim Alten geblieben und der Staat zugunsten von Industriegigantenn kapitalisiert hat, in dem offenbar veränderten Sturz der bisherigen Leiter der Danatbank und der Dresdner Bank. Diese Herren, die eigentlich nach dem Sturz ihrer Banken mit ihren sehr stattlichen Vermögen persönlich für den angerichteten Schaden hätten haften müssen, sollen weiter ungestört ihre Sessel drücken dürfen. Weder von der so dringend erforderlichen Staatsaufsicht, noch von einer Absetzung der gescheiterten Direktoren ist im Augenblick die Rede. Wir Steuerzahler haben lediglich das Verhängnis, die teure Zeche ihrer Unfähigkeit zu bezahlen.

SPD-Führer mitbeteiligt

Beim Zusammenbruch der Beambenbank in Bremen stellte sich heraus, daß der sozialdemokratische Bürgerschaftspräsident Osterloh ein großes Aktienpaket der Bank besaß und dafür (soweit) Zuwendungen erhalten hat. Die Bremer Nachrichten berichten hierzu:

„Vor etwa fünf Jahren wurde Herrn Osterloh von dem damaligen Direktor der Beambenbank mitgeteilt, daß die

Bank sich veranlaßt gesehen habe, für ihn in Anbetracht seiner unbestreitbar großen Verdienste um die Entwicklung der Bank Papiere zu kaufen, deren Gewinn ihm zufließen solle.“

Der Sozialdemokrat Osterloh ist nicht nur Präsident der Bürgerschaft, sondern auch Aufsichtsratsmitglied der Beambenbank. Er hat sich also auf Kosten der Spargelder der Beamten finanzielle Zuwendungen machen lassen.

100 Mark Grenzgebühr für Kapitalschieber — und gegen Arbeiterwanderer!

Nachdem feststeht, daß Milliarden deutschen Kapitals nach dem Ausland abgewandert ist, sperrt die Regierung die Grenzen, indem sie jedem Großkapitalisten genau so wie den proletarischen oder mittelschichtlichen Touristen mit der gleichen Grenzübertrittsgebühr von 100 Mark belegt. Auf diese echt-demokratische Weise soll der Kapitalschieber Einhalt geboten werden.

Roter Vormarsch trotz alledem!

Die KPD und ihre Presse unter Ausnahmezustand

An kommunistischen Zeitungen und Zeitschriften wurden verboten für 2, 4 und 8 Wochen bzw. 3 Monate: Arbeiterstimme, Sächsische Arbeiterzeitung, Der Kämpfer, Echo, Der arme Teufel, Sächsische Erwerbslosenzeitung, Der rote Ruler, Klassenkampf (Halle), Neue Zeitung (München), Arbeiterstimme (Eulengebiete), Die Rote Fahne, Ruhr Echo (Essen), Sozialistische Republik (Köln), Arbeiterzeitung (Breslau), Die Kämpferin, Der rote Wähler, Die proletarische Freidenkerstimme. In der Provinz Sachsen: Die rote Fackel, Der Knüttel, Rotes Sprachrohr, Alarm, Roter Torgauer; außerdem in Sachsen eine ganze Anzahl Ortszeitungen, besonders im Zwickauer Gebiet.

Verordnung gegen Arbeiterpresse

Außer den Verboten wurde eine neue Notverordnung erlassen, die sämtliche bisherigen formalen Rechte der Presse aufhebt. Danach ist jedes Blatt auf Anweisung der Regierung gezwungen, an der von der Regierung gewünschten Stelle und in der von ihr gewünschten Form auch gegen die politische Stellung des Blattes gerichtete Artikel und Aufrufe abdruckend. Auf Grund dieser Verordnung zwang die preußische Regierung die noch nicht verbotenen Zeitungen der KPD in Preußen einen aggressiven Aufruf der Regierung gegen den roten Volksentscheid auf der 1. Seite abdruckend.

Erwerbslosentage und Antikriegsaufmärsche verboten

In ganz Deutschland wurden die Erwerbslosentage am 15. Juli und Antikriegsdemonstrationen der revolutionären Arbeiterschaft am 1. August verboten und Versammlungen aufgelöst. Es kam überall zu illegalen Aufmärschen und zahlreichen Zusammenstößen besonders in Berlin und Halle mit der Polizei, die teilweise blutig verliefen.

Volksentscheidskampagne unter Artikel 48

Auf Grund der Praxis der Braun-Severing-Regierung und deren Ablehnung proletarischer antifaaschistischer Kampfordernungen erließ die KPD eine außerparlamentarische Massenmobilisierungskampagne, den roten Volksentscheid. Dieses Auftreten der Kommunisten verzettelt die Hugenberg-Hitlerfront, Hugenberg würt nach Geheimverhandlungen mit Hindenburg die eigenen Volksentscheidversammlungen ab, gibt die Losung heraus: Gegen den Bolschewismus!

Arbeiter antworten: Her zur KPD!

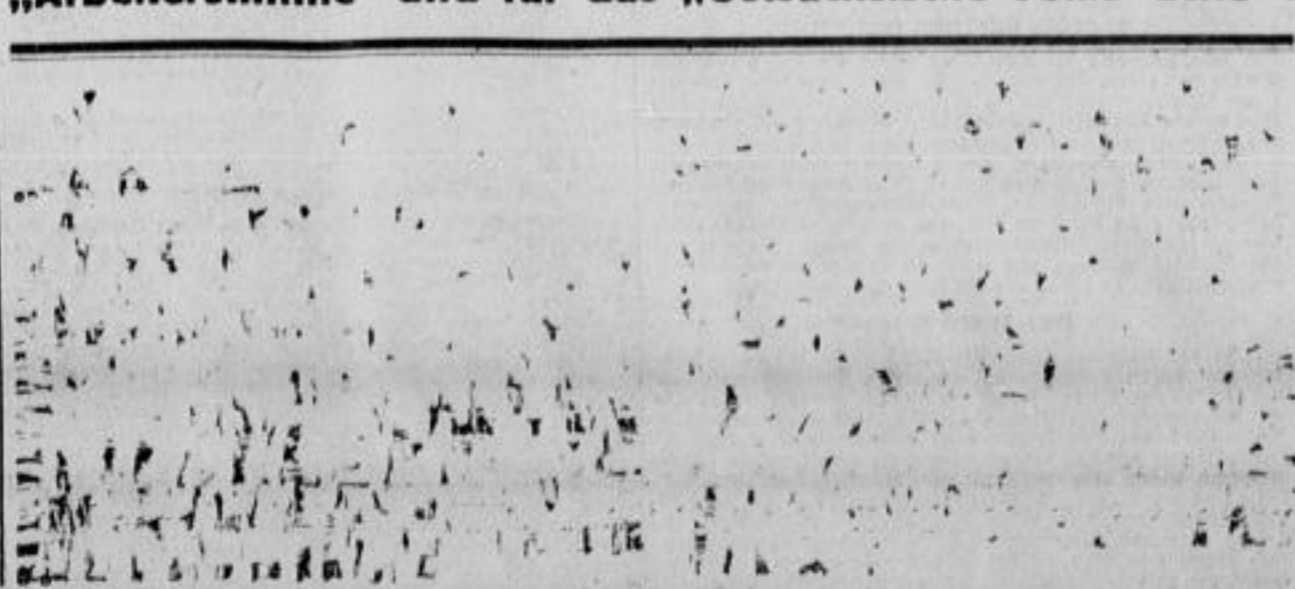
Trotz Terror und Verleumdung wächst jedoch unentwegt der Einfluß der Kommunisten. Die Enthüllung der SPD- und Naziführer als Heller der Artikel-48-Diktatur durch das Eingreifen der KPD beim Volksentscheid in Preußen hat ehrlichen, irrgelährten Anhängern der NSDAP ebenso die Augen geöffnet wie den proletarischen SPD-Mitgliedern.

Der bisherige Gaubetriebszellenleiter der NSDAP Gau Sachsen, Herbert Hensel, in Dresden, ist zur kommunistischen Partei übergetreten. Er hat an die Gauleitung der NSDAP Sachsen seine Austrittserklärung gesandt, aus der wir folgendes entnehmen:

„Als der älteste Parteigenosse der Sektion Löbau, Ortsgruppe Dresden, muß ich heute noch zehnjähriger Parteizugehörigkeit erkennen, daß mir als deutscher Arbeiter ein Verbleiben in der NSDAP als Unmöglichkeit erscheint. Sie können versichert sein, daß ich wohl schon früher der Partei den Rücken gekehrt hätte, wäre mir Gelegenheit gegeben, den Nationalsozialismus in seiner wahren Praxis als Zugehöriger der Gauleitung kennen zu lernen. Ausführliche Gründe werde ich zur Rechtfertigung meines Schrittes, wenn es einer solchen überhaupt bedarf, in der nächsten Ausgabe der Arbeiterstimme bringen. Mit heutigen Tage wollen Sie mich also aus der Mitgliederliste der NSDAP streichen.“

In Waldau (Niederschlesien) sind 4 Reichsbannerarbeiter zur KPD übergetreten und veröffentlichten folgende Erklärung:

Schart euch um die KPD! Werbt Tausende neue Leser für die „Arbeiterstimme“ und für das „Ostsächsische Volks-Echo“!



Die Kommunisten fordern:

Alle Kapitalisten, die durch Kapitalverschiebungen ins Ausland oder durch betrügerischen oder fahrlässigen Bankrott das Elend der werktätigen Massen, insbesondere der Arbeiter und Angestellten sowie der kleinen Sparer des Mittelstandes ungeheuer verschärft haben, sind zu verhaften und zu bestrafen.

Diese Kapitalisten sind mit der Einziehung des gesamten Vermögens und mit Zuchthaus nicht unter 3 Jahren zu bestrafen.

Alle kleinen Sparguthaben sind sicherzustellen, die Auszahlung der Löhne, Gehälter und aller Sozialunterstützungen ebenfalls, die stillgelegten Betriebe sind ohne Rücksicht auf die Profitinteressen der Kapitalisten wieder zu eröffnen, um die Wiederbeschäftigung der erwerbslosen Arbeiter und Angestellten zu gewährleisten.

Die Mittel hierzu sind zu beschaffen durch entschädigungslose Einziehung des gesamten Vermögens aller Millionäre, Schwerverdiener und Großpensionäre.

Die preußische Regierung im Kampf gegen den Bolschewismus

Der sozialdemokratische Innenminister Severing verbot sämtliche Propagandafahrten zum roten Volksentscheid. Er ließ am 1. August das Essener Parteigebäude polizeilich besetzen, gestattete jedoch gleichzeitig einen Stahlhelmaufmarsch mit Feuerwerk.

Als Die Rote Fahne gegen das faschistische „Nationale Selbsthilfeprogramm“ der Bourgeoisie das Programm der „Roten Selbsthilfe“ vertrat, wurde sie sofort vom Berliner Polizeipräsident verboten. Unter dem Massendruck mußte das Verbot als ungesetzlich anerkannt und aufgehoben werden.

Daraufhin verbot das Berliner Präsidium die Bekanntgabe der Volksentscheidsergebnisse vor dem Karl-Liebknecht-Haus und setzte Polizei gegen die Massen ein. Es kam deshalb zu schweren Zusammenstößen, bei denen 1 Arbeiter und 2 Polizeioffiziere getötet wurden. Die Rote Fahne wurde erneut auf 14 Tage verboten. Die gesamte Bourgeoisiepresse entfaltete eine neue Pressehetze, um gleichzeitig die ungeheuerliche Tatsache neuer faschistischer Raubpläne vertuschen zu helfen.

Nazi- und SPD-Presse an der Spitze der Hetzer!

Die Gipfelleistungen der Hetze gegen die KPD erreichen die Blätter der Nazis und der SPD-Führer in den letzten Tagen. Während die Nazis den Staatsapparat ermuntern zur „Ausrottung des Untermenschentums“, ist die SPD-Presse bemüht, das Bündnis ihrer Führer mit den offenen Klassenfeinden des Proletariats durch Denunziationen und phantastische Beschuldigungen der Kommunisten zu verschleiern. Ihre Hetze gibt dem Staatsapparat direkt die Argumente für seinen Kurs.

In der SPD-Zeitschrift Das freie Wort, Heft 31 v. 2. August 1931 schreibt ein Fritz Tejjassy einen Hetzartikel gegen die KPD, in dem es heißt:

„... Die Maßnahmen, die die in erheblicher Zahl der Sozialdemokratie angehörenden preußischen Polizeipräsidenten gegen die Kommunisten treffen, um durch Hausdurchsuchungen des Material der Bürgerkriegsvorbereitung zu beschlagnahmen und die planmäßige Organisation blutiger Auseinandersetzungen zu verhindern, verdienen die volle Zustimmung der Sozialdemokratie. Nicht nur jene passive Zustimmung, die mit einem trockenen und einem nassen Auge die Dinge stillschweigend laufen läßt, sondern das laute Bekenntnis, daß wir es begrüßen, wenn mit starker Hand gegen alle jene wahnwitzigen Verbrecher eingeschritten wird.“

So soll die Stimmung für die weitere Unterdrückung der kommunistischen Partei und ihrer Presse geschaffen werden.

1. Das demagogische Spiel unserer SPD-Führer, welche theoretisch uns Taten vorpredigen und uns praktisch im Reichstage verkaufen und verschauen, können wir als SPD-Mitglieder nicht mehr mitmachen.

2. Der sozialistische Staat, die Sowjetunion, wird durch die SPD-Führer und -Redner, wie z. B. Stöcker (Rundfunklügner), in Schmutz und Dreck gezogen. Warum kümmern sich Stöcker und Konsorten nicht um das Kinderelend in Deutschland? Diese Rede des Herrn Stöcker hat uns gezeigt, daß unsere heutigen Führer alles andere als Marxisten sind. Auf der einen Seite spricht Thomas von einem „glorreichen Faschismus“, auf der anderen Seite hetzt man gegen das aufstrebende Rußland. Wir bekennen uns zur roten Front und treten zur einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei Deutschlands, über.

Wir fordern alle SPD-Arbeiter auf, unserem Schritt zu folgen.

Martin Ludwig, Waldau — Alfred Schubert, Waldau
Willi Gollner, Waldau — Alfred Stephan, Waldau.

Diese Appelle müssen ihr tausendfaches Echo in den Massen der Werktätigen finden. Sie sind der Ausdruck der Erkenntnis, daß im Kampf der Werktätigen gegen Not und Ausbeutung an der Spitze der Massen die kommunistische Partei und ihre Presse steht. Unbeirrt von Terror und Verleumdung wird sie den Weg gehen, der die Massen zu Arbeit, Brot und Freiheit führt!